

Finanzielle Rahmenbedingungen bestimmten die letzte Gemeinderatssitzung in Mieming vor der Sommerpause. Auf die Bürgerinnen kommen deutliche Gebührenerhöhungen zu, die Ursachen für das unerklärliche Defizit des Sozialzentrums wird eine Expertin ergründen, und in Bezug auf die Agrargemeinschaften kam es am Ende noch zu einem Eklat.

Von Thomas Ploder Rund 16.500 Euro investiert Mieming in die vorschriftsmäßige Beleuchtung seiner Schutzwege. Darin sind die Eigenleistungen durch die Gemeindearbeiter nicht enthalten. Wie es allerdings mit der Gestaltung des Platzes vor dem Gemeindehaus weitergehen wird, steht noch offen. Obwohl sich die Dorferneuerer in der Gemeinde seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen und auch aufwändige Verkehrskonzepte erstellt wurden, erwies sich ein vorgelegter Entwurf als nicht genehmigungsfähig. Er enthielt nur die Darstellung einer Straßenseite und nicht der Gesamtsituation. Mit Hilfe des Landes soll nun in einem Architektenwettbewerb eine neue Lösung für das Zentrum erarbeitet werden.



Foto: Ploder

SPATZENNEST. Misstöne begleiteten auch die Beschlussfassung in Bezug auf die Mietverträge für die Krabbelstube und den privaten Kindergarten "Spatzennest" in den Räumen des ehemaligen Altenheims in Untermieming. Für den Innenausbau des Spatzennestes wurden vom Land bereits Fördermittel von 140.000 Euro zugesagt, die Krabbelstube des Sozialsprengels kann die

Räume für ihre beiden Gruppen mit einem Zuschuss von 267.000 Euro sanieren. Die Gemeinde muss dazu unter Beachtung der Auflagen des Denkmalschutzes das Gebäude selbst sanieren. Dazu gehören Fenstertausch, Fassadendämmung, Erneuerung der Heizungsanlage und die Errichtung eines zusätzlichen behindertengerechten Treppenhauses. Für diese Arbeiten liegen derzeit weder Planungsunterlagen noch Kostenschätzungen vor. Nach Aussagen des Bürgermeisters können allerdings die Heizungsanlage und der Fenstertausch mit den im Budget dafür vorgesehenen 70.000 Euro noch 2010 umgesetzt werden, die weiteren Maßnahmen in der Folge aus den laufenden Pachteinnahmen von 1.800 Euro monatlich finanziert werden. Zu wenig konkret für vier Gemeinderäte, die sich bei der Beschlussfassung über die Mietverträge der Stimme enthielten.

30 PROZENT MEHR FÜR MÜLL. Einstimmig beschloss der Gemeinderat allerdings nach längerer Diskussion eine massive Erhöhung der seit einigen Jahren nicht angepassten Müllgebühren. Bereits ab 1. Oktober werden diese um 30 Prozent, für die einzelne Entleerung um zehn Prozent, angehoben. Es mag den MiemingerInnen als schwacher Trost dienen, dass die neuen Gebühren auf jenem Niveau liegen, das den Bewohnern der Nachbargemeinde Mötz bereits jetzt in Rechnung gestellt werden. Notwendig wurde die Abdeckung der zusätzlichen Kosten durch den allgemein gestiegenen Aufwand, die erweiterte Personalbesetzung des Recyclinghofs und Fremdpersonal bei der Müllabfuhr.

QUASIVERDOPPELUNG. Als Nullsummenspiel für die Eltern soll sich die Erhöhung der Kindergartengebühren für die Dreijährigen erweisen. Diese werden ab September von bisher 22 auf 40 Euro monatlich angehoben. "Diese Höhe wurde so gewählt", erklärt Bürgermeister Dr. Franz Dengg, "weil die Eltern vom Land mit dem Kindergeld plus 400 Euro als Zuschuss bekommen und diese für die zehn Kindergartenmonate verwendet werden sollen." Damit würden den Eltern keine Kosten erwachsen, die Gemeinde allerdings ihre Zuzahlungen für den Kindergartenbetrieb von derzeit 100.000 Euro jährlich reduzieren können. Vier- und Fünfjährige betreffen diese Gebühren nicht, für sie zahlt den Kindergartenbesuch das Land. Die Nachmittagsbetreuung wird zukünftig für Kindergartenkinder 15 statt bisher 10 Euro, für SchülerInnen 40 statt 32 Euro kosten.

360.000 EURO "SOZIALABGANG". Sauer reagierten die Gemeinderäte auf die Tatsache,

dass der Prüfungsausschuss die Abrechnungen des Sozialzentrums nicht einsehen durfte, obwohl 50% des Abgangs 2009 von rund 360.000 Euro von der Gemeinde getragen werden muss. Warum das vorgesehene Defizit gleich auf das Doppelte angewachsen ist, konnte auch Bgm. Dr. Franz Dengg als Mitglied der Führung des Sozialzentrums nicht erklären. "Die Buchhaltung wird vorbildlich geführt und es gibt in keiner Position auffallend hohe Ausgaben", so Dengg, "das Problem ist, dass man die Ursachen für die Kostenüberschreitungen nicht kennt." Eine Expertin soll noch im Sommer die Struktur der ursprünglich auf Kostendeckung ausgerichteten Einrichtung überprüfen und Vorschläge für Änderungen vorlegen.

DAUERTHEMA AGRARGEMEINSCHAFTEN. Für Unmut sorgte auch der Bericht des Obmanns des Prüfungsausschusses, Dr. Josef Rauch, in Bezug auf die Agrargemeinschaften See-Tabland-Zein und Untermieming-Fiecht. Erstere legte zwar eine formal korrekte Jahresrechnung vor, die allerdings von GR Ulrich Stern inhaltlich angezweifelt wurde. Er stellte den Antrag, diese zurückzuweisen und die rechtliche Relevanz der eingeflossenen Kosten sowie die Richtigkeit und Vollständigkeit der Erträge vor Beschlussfassung zu prüfen. Dass ihm der Einblick ins Waldbuch, in dem die eingeschlagenen Mengen verzeichnet sind, verwehrt wurde, bezeichnete der Mandatar als "politisch mit Geruch behaftet". Stern kündigte im Zusammenhang mit der Finanzgebarung von Gemeinde und Agrargemeinschaften eine Aufsichtsbeschwerde an. Bgm. Dr. Franz Dengg verteidigte die Vorgehensweise der Verantwortlichen, würden doch diese Daten von entsprechend zuständigen Gremien geprüft und seien nicht öffentlich zugänglich. In Hinblick auf die schlechten Holzpreise erachtet Bgm. Dengg den ausgewiesenen Abgang von rund 40.000 Euro als berechtigt und nachvollziehbar.

BEHÖRDE AM ZUG. Die Agrargemeinschaft Untermieming-Fiecht verweigerte dem Prüfungsausschuss mit dem Argument der fehlenden Rechtsgrundlage die Einsichtnahme in ihre Bücher. Der im Publikum anwesende Obmann der Agrarier verwehrte sich dabei deutlich gegen den unausgesprochen im Raum stehenden Vorwurf der Verschleierung und Verheimlichung zu Lasten der Gemeinde. "Da ist jetzt die Agrarbehörde am Zug", so der Bürgermeister, "und solange dem Gemeinderat die Daten nicht vorliegen, werden auch keine entsprechenden Beschlüsse in Bezug auf die Finanzen dieser Agrargemeinschaft gefasst." Mehr Klarheit und Offenheit erhofft sich der Gemeinderat jedenfalls zukünftig vom gesetzlich vorgeschriebenen zweiten Rechnungskreis, der ab 2010 die Finanzen der Agrargemeinschaften transparenter gestalten soll. – Angesichts der Spannungen rund um die Agrargemeinschaften und der damit verbundenen Wahrung der Rechte der Gemeinde sowie der Erhaltung der ihr gehörenden Werte mahnte Bürgermeister Dr. Franz Dengg allgemein zu Ruhe und konstruktiver Sachlichkeit. Für den Bürgermeister bildet die bestehende Situation Anlass zur Sorge, die Agrargemeinschaften würden unter den bestehenden Umständen in wenigen Jahren mittellos und damit handlungsunfähig und könnten so ihre für die Gemeinde wichtigen Aufgaben nicht mehr erfüllen. "Dann kommen diese Kosten auf die Gemeinde zu", so Dengg, "und es wird schwer, jemanden zu finden, der die Schutzwaldpflege und Ähnliches übernimmt."

Rundschau, von Thomas Ploder
Photo: Thomas Ploder